

## **Chronologie: Änderung § 27 GO**

### **19.01.2008 Vorstandssitzung:**

Der Vorsitzende berichtet über das geplante Treffen am 19. Februar, bei dem die Spitzenverbände und die beiden Ministerien mit LAGA über die Änderung des § 27 beraten werden. Informell habe er die Information bekommen, dass höchstwahrscheinlich die Integrationsräte als Regel eingeführt werden könnten.

Darüber hinaus sollen die Kommunen die Möglichkeit erhalten, bei Wunsch auch Ausschüsse einzurichten.

***Februar/April 2008** Im Februar und im April 2008 fanden im Innenministerium Gespräche mit dem Integrationsministerium, der Vertreterin des Integrationsbeauftragten, den Vertretern der kommunalen Spitzenverbände sowie den Vertretern der LAGA zur Thematik statt.*

*Von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern am Gespräch wurden die Eckpunkte einer zukünftigen gesetzlichen Regelung diskutiert, die das Innenministerium in einen Referentenentwurf bis spätestens Sommerferien 2008 einarbeiten wollte.*

### **19.02.2008 Gespräch im Innenministerium**

Der Vorsitzende und der Geschäftsführer informieren den Vorstand über ein Gespräch am 19.02.2008 im Innenministerium, bei dem Vertreter der kommunalen Spitzenverbände sowie Vertreter der Landesregierung aus dem Integrations- und Innenministerium anwesend waren.

Darüber hinaus berichten sie, dass die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände noch über einige Themen Gesprächsbedarf hätten. Höchstwahrscheinlich werden die kommunalen Spitzenverbände in einem Nachtreffen in April die endgültige Entscheidung der Spitzenverbände mitteilen. Es sehe so aus, dass Wünsche der LAGA in ein neues Gesetz eingegossen werden können. Jedoch sei es nicht klar, wie das aktive Wahlrecht verändert werden könne. Diese Frage werde zurzeit vom Innenministerium geprüft.

### **15.04.2008 Abschlussgespräch im Innenministerium**

Die Eckpunkte zur Änderung der GO werden vereinbart. Vertreter des Innenministeriums teilen mit, dass das aktive Wahlrecht neben den Ausländern auf Antrag auch weiteren Menschen mit Migrationshintergrund (z.B. Eingebürgerte und Spätaussiedler) eingeräumt werden kann.

### **26.04.2008 Vorstandssitzung:**

Der Vorsitzende und der Geschäftsführer informieren über die geführten Gespräche mit den Spitzenverbänden und den beiden Ministerien und gehen gemeinsam einzelne Punkte des Protokolls der letzten Sitzung durch.

Der Vorsitzende sagt, es ist empfehlenswert, den Musterantrag der LAGA „zur Einrichtung eines Integrationsrates“ noch einmal verabschieden zu lassen, weil einiges nicht im Gesetz geregelt werden könne. Damit könnte man einige Kompetenzen des zukünftigen Integrationsrates in der Hauptsatzung regeln.

### **13.05.2008 Gespräch mit Minister Laschet:**

Der Vorsitzende und der Geschäftsführer informieren über das Gespräch mit Minister Laschet am 13.05.2008, bei dem der Minister betont habe, dass er genauso wie die LAGA NRW die Option Integrationsrat bevorzuge und gegen einen Ausschuss sei. Bei dem Gespräch wurde auf die Problematik des Wahltermins hingewiesen, da durch das Gesetz der Landesregierung die Wahl der Integrationsräte sehr verzögert stattfinden müsse. Somit

entstehen Probleme bezüglich Organisation der Wahlen. Herr Minister Laschet habe dabei erneut betont, dass er das kommunale Wahlrecht nicht befürworte. Aus diesem Grund trete er für die Stärkung der Integrationsräte ein.

**10.06.2008 Brief an Minister Laschet**

**01.10.2008 Brief an IM Wolf:** Der Innenminister wurde gebeten tätig zu werden, da der Gesetzentwurf immer noch nicht vorliegt.

**16.10.2008 Vorstandssitzung:**

Der Entwurf liegt leider immer noch nicht vor. Der Innenminister wurde deshalb mit dem Brief vom 01.10.2008 gebeten, nunmehr tätig zu werden.

**22.11.2008 Mitgliederversammlung:**

Im Mittelpunkt der Rede des Staatssekretärs Karl Peter Brendel (Innenministerium) und der anschließenden ausführlichen Aussprache stehen Fragen zur Fortentwicklung des §27 der Gemeindeordnung. Die Delegierten mahnen dringend eine kurzfristige Änderung der gesetzlichen Grundlage für die Arbeit der kommunalen Migrantenvvertretungen an. Herr Staatssekretär führt hierzu aus, dass in den nächsten Tagen mit dem Abschluss vorbereitender Gespräche zu rechnen ist und dann die Vorlage des Regierungsentwurfs erfolgt.

**18.12.2008 Anträge der Fraktionen der SPD und der Grünen zur Änderung des § 27 im Landtag NRW**

Innenminister Wolf: „Die Überlegungen sind noch nicht abgeschlossen. Dies wird zeitnah geschehen. Insofern sind die Anträge aus unserer Sicht überflüssig.“

**22.12.2008 Brief an IM Wolf  
Brief an alle Fraktionen mit der Bitte um Gespräch**

**05.01.2009 Gespräch mit dem Integrationsbeauftragten Thomas Kufen**

**13.01.2009 Brief an die FDP** (Vorstandsmitglieder: Christian von Bismarck, Filippo Giletti und Bernd Passmann schreiben als FDP-Mitglieder an die FDP)

**14.01.2009 Gespräch mit Herrn Lindner, FDP-Fraktion  
Gespräch mit Frau Asch, Fraktion Die GRÜNEN**

**22.01.2009 Gespräch mit Herrn Engel, FDP-Fraktion:**

Anwesend waren T. Kelttek sowie F. Giletti, C. von Bismarck, B. Passmann (alle FDP Mitglieder) und der Referent. Bei dem Gespräch wurde Herrn Engel klar gemacht, dass ein Scheitern der Reform nachteilig für die FDP sein würde, da alle Migranten die FDP als „Verhinderer“ der Reform sehen würden. Herr Engel habe betont, dass er nichts versprechen könne, da alle Entscheidungen letztendlich von der Zustimmung des Ministerpräsidenten bzw. der Staatskanzlei abhängig seien. Herr Engel stellte klar, dass der FDP besonders wichtig sei, die Kommunen selbst entscheiden zu lassen, welches Gremium sie einrichten möchten. Ihm wurde seitens LAGA-Gesprächsteilnehmer klar gemacht, dass ein Ausschuss nur in wenigen Städten existiere und diese auch nicht besser arbeiten als ein Integrationsrat. Darüber hinaus wurde auf die organisatorischen Probleme einer Entscheidung durch den neuen Rat hingewiesen.

**24.01.2009 Vorstandssitzung:**

Der Vorsitzende berichtet: In Dezember seien Anträge von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen im Landtag debattiert worden, wobei die Regierung versprochen habe, bald einen Gesetzentwurf vorzulegen. Er habe mit Unterstützung von B. Passmann Kontakt zur FDP-

Fraktion aufgenommen. Zunächst habe er gemeinsam mit B. Passmann und dem Geschäftsführer mit Herrn Lindner über die Änderung des § 27 gesprochen.

Der Vorstand beschließt, alle Mitglieder aufzufordern, durch Pressearbeit bzw. Briefe die Landesregierung zu einer Gesetzesänderung aufzufordern.

Der Vorstand beschließt außerdem nach der Klausurtagung bzw. nach der Hauptausschusssitzung darüber zu entscheiden, wie agiert werden soll, wenn bis dahin immer noch kein Gesetzesentwurf vorliegt.

**29.01.2009 Gespräch mit Frau Altenkamp, SPD-Fraktion**

**11.02.2009 Gespräch mit Herrn Kufen**

**25.02.2009 Gespräch mit Herrn Laschet**

**28.02.2009 Hauptausschusssitzung und Vorstandssitzung:**

Der Vorsitzende begrüßt die Abgeordneten Britta Altenkamp (SPD Fraktion), Andrea Ursula Asch (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) und Michael-Ezzo Solf (CDU Fraktion). Er gibt seiner Enttäuschung darüber Ausdruck, dass trotz zweimaligem Anschreiben und mehrerer Anrufe kein Vertreter der FDP-Fraktion anwesend ist. Er betrachtet dies als Missachtung der ehrenamtlichen Arbeit der Migrantenvetreter/innen in NRW.

**Vorstandssitzung:**

Der Vorsitzende berichtet über die aktuelle Entwicklung sowie über die Anhörung im Ausschuss für Kommunalpolitik und Ausschuss für Integration zur Änderung des § 27 der Gemeindeordnung.

Er berichtet außerdem von dem Gespräch mit Minister Armin Laschet am 25. Februar, an dem er gemeinsam mit G. Yüksel und dem Referenten teilgenommen habe.

Der Vorstand berät über die eingeladenen Gäste zur Anhörung und kommt nach ausführlicher Beratung zum Schluss, dass die Positionen der LAGA bezüglich der Änderung der Gemeindeordnung nicht zu verändern sind. Insbesondere soll an der Forderung bezüglich des Wahltermins festgehalten werden. Außerdem soll bei einer Wahlmöglichkeit der Kommunen bezüglich Integrationsrat oder Integrationsausschuss darauf hingewirkt werden, dass die bereits amtierenden Räte und kommunalen Migrantenvetreterungen darüber entscheiden sollten, welches Gremium gewählt werden soll.

**24.03.2009 Fraktionen der CDU und FDP legen Gesetzesentwurf vor:**

Zwei Tage vor der Anhörung zum Gesetzesentwurf der Grünen legten die Fraktionen von CDU und FDP den vorläufigen Entwurf einer eigenen Gesetzesinitiative vor.

**26.03.2009 Anhörung im Integrationsausschuss des Landtages**

**28.03.2009 Vorstandssitzung:**

Der Geschäftsführer berichtet, über die Stellungnahme der LAGA NRW zu den beiden Gesetzesentwürfen der CDU-FDP-Fraktionen sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die dem Vorstand bekannt seien. Nach dem 48 Stunden vor der Anhörung ein Vorabdruck des Gesetzesentwurfes der Fraktionen der CDU und der FDP der LAGA geschickt wurde, war es notwendig, direkt eine Stellungnahme dazu abzugeben. Durch diese Stellungnahme, die sehr kurzfristig erfolgte, könnten die Unterschiede zwischen den beiden Gesetzesentwürfen klar herausgearbeitet werden. Aus dem Grund haben der Vorsitzende und er sehr gute Reaktionen bei der Anhörung bzw. nach der Anhörung von beteiligten Sachverständigen und Landtagsabgeordneten bekommen.

**Der Vorstand beschließt, eine außerordentliche Mitgliederversammlung am 27. April, um 18.00 Uhr, in Düsseldorf durchzuführen.**

Der Vorstand beschließt, nach Verabschiedung des Gesetzes, den Antrag auf Wahlwerbung zurück zu ziehen, wenn der Gesetzentwurf der Koalition in jetziger Form verabschiedet wird.

**01.04.2009 Landtag debattiert über die Änderung des § 27 GO**

Das „Gesetz zur Förderung der politischen Partizipation in den Gemeinden“ der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP ist am 01. April 2009 Gegenstand der Beratung in der Plenarsitzung des Landtages.

Bereits am 26. März 2009 fand eine Anhörung im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse für Integration sowie Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform zum Gesetzentwurf der Fraktion B'90/Die Grünen statt. Zwei Tage vor der Anhörung legten die Fraktionen von CDU und FDP den vorläufigen Entwurf einer eigenen Gesetzesinitiative vor.

**02.04.2009 Brief an den MP Rüttgers**

„Ich möchte Sie deshalb sehr darum bitten, sich kurzfristig persönlich mit allen Fraktionen zusammzusetzen und eine einheitliche Linie herbeizuführen. Das genannte „Eckpunktepapier“ von Innen- und dem Integrationsministerium, des Integrationsbeauftragten, der kommunalen Spitzenverbände und der LAGA NRW könnte hierfür die Grundlage sein.“

**27.04.2009 außerordentliche Mitgliederversammlung der LAGA NRW.**

Die Mitgliederversammlung der LAGA NRW hat bei ihrer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 27.04.2009 in Düsseldorf einstimmig beschlossen, den Landtag aufzufordern, sich bei der Änderung des § 27 der Gemeindeordnung an dem Eckpunktepapier des Innenministeriums, des Integrationsministerium, des Integrationsbeauftragten der Landesregierung, der kommunalen Spitzenverbände und der LAGA NRW zu orientieren.

Aktionen der Kommunen und der LAGA NRW werden angeregt und geplant.

**29.04.2009 Expertengespräch im kommunalpolitischen Ausschuss des Landtages**

**04.05.2009 Brief an die Präsidentin des Landtages  
Kopie an Minister Laschet und Wolf**

**08. 05.2009 Antwortschreiben des Ministerpräsidenten**

„Ich bitte um Ihr Verständnis, dass aus Respekt vor der Unabhängigkeit des Landtages von hier aus keine weiteren Maßnahmen ergriffen werden.“

**16.05.2009 Hauptausschusssitzung**

Die Delegierten des Hauptausschusses beraten über dezentrale PR-Aktionen vor der Verabschiedung des Gesetzes. Am 19.05.2009 finden in über 30 Kommunen PR-Aktionen der Mitglieder statt.

**18.05.2009 Gespräch mit Frau Asch, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Frau Asch kündigt eine kurzfristige Änderung des Gesetzentwurfs der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an, der vor allem zwei Punkte enthalten soll: 1. Integrationsrat als Regelgremium 2. Der Rat kann dem Integrationsrat bestimmte Kompetenzen übertragen

**19.05.2009 PR-Aktionen der Mitglieder**

**19.05.2009 Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Der am 18.05. angekündigte Änderungsantrag liegt vor. Er enthält die angekündigten Veränderungen.

#### **28.05.2009 Sitzung des Ausschusses für Generationen, Familie und Integration**

Herr Solf, CDU-Fraktion, kündigt eine Änderung des Gesetzentwurfs von CDU und FDP in der Form an, dass der Integrationsrat zum Regelgremium wird und durch Ratsbeschluss eine Abweichung davon als Integrationsausschuss beschlossen werden kann.

Frau Tillmann, SPD-Fraktion begrüßt dies als Schritt in die richtige Richtung, hält diese Veränderung aber nicht für ausreichend. Sie kündigt einen Änderungsantrag der SPD für den Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform an.

Frau Asch, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüßt das Änderungsvorhaben der Koalition ebenfalls, hält aber außerdem eine weitere Änderung beim Thema „Beschlussrechte“ für erforderlich (im Sinne des Änderungsantrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen).

Formal wird so vorgegangen:

Da für die abschließende Beratung des Antrages von CDU und FDP der Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform federführend zuständig ist, wird der Antrag ohne Votum an diesen Ausschuss verwiesen.

Da der Ausschuss für Generationen, Familie und Integration federführend für den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zuständig ist, wird die Abstimmung auf den 18.06. verschoben.

#### **10.06.2009 Sitzung des Ausschusses für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform**

Der Ausschuss verabschiedet den Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP und gibt eine Beschlussempfehlung an den Landtag ab.

#### **19. 06.2009 Sitzung des Ausschusses für Generationen, Familie und Integration**

Der Änderungsantrag der Fraktion B'90/Die Grünen wurde mit den Stimmen der CDU, der SPD und der FDP Fraktionen abgelehnt (siehe die Beschlussempfehlung des Ausschusses)

#### **24. 06.2009 126. Plenarsitzung des Landtages**

Der Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP wird in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform verabschiedet.

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion wird mit den Stimmen aus den CDU- und FDP-Fraktionen bei der Enthaltung der Fraktion B'90/Die Grünen abgelehnt.

- 26.06.2009** Brief des LAGA-Vorsitzenden an die Mitglieder zur Verabschiedung des §27
- 29.06.2009** Pressemitteilung der LAGA NRW zur Änderung des § 27
- 29.06.2009** Schnellbrief des Städte- und Gemeindebundes vom 29.06.2009 an die Mitgliedsstädte und –gemeinden
- 06.07.2009** Brief des Städtetages NRW an seine Mitglieder
- 16.07.2009** **Wahltermin**  
Städtetag, Städte- und Gemeindebund und LAGA NRW empfehlen den **7. Februar 2010** als landesweiten Wahltermin.